

Stand: 10.07.2026 01:04:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/660

"Man spricht Deutsch: Gendersprache verbieten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/660 vom 12.03.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2147 des VF vom 11.04.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024
5. Beschluss des Plenums 19/2522 vom 18.06.2024
6. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 18.06.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer, Oskar Atzinger, Jörg Baumann** und **Fraktion (AfD)**

Man spricht Deutsch: Gendersprache verbieten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Ver- und Anwendung der Gendersprache ab, wie es mehrere repräsentative Umfragen regelmäßig bestätigen.
2. Ein Verbot der gendergerechten Sprache an allen Schulen, Hochschulen und in der öffentlichen Verwaltung schränkt das Grundrecht auf Gleichbehandlung und Gleichberechtigung nicht ein.
3. Die Verwendung der Gendersprache ist Ausdruck einer Ideologie, die die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau infrage stellt und letztlich negiert, insbesondere Schulen sind im Hinblick auf ihre Neutralitätspflicht verpflichtet, jede Form von ideologischer Beeinflussung zu unterlassen, und dürfen nicht zu einem Versuchslabor eines gesellschaftlichen Experiments werden.
4. Sprache als identitäts- und integrationsstiftendes Kommunikationsmittel muss für alle Beteiligten klar verständlich sein. Dies umfasst den ganzen öffentlichen Raum und somit auch die öffentlich-rechtlichen Medien.
5. Die Gendersprache grenzt ganze Bevölkerungsgruppen wie Menschen fremder Muttersprache, Legastheniker, strukturelle Analphabeten und Menschen mit entsprechenden Behinderungen aus.
6. Die deutsche Sprache ist ein schützenswertes Gut.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. per Erlass anzuordnen, dass
 - in allen bayerischen Behörden und staatlichen Einrichtungen keine Gendersprache verwendet wird und Grundlage für die schriftliche Kommunikation das Regelwerk des Rats für deutsche Rechtschreibung ist,
 - in bayerischen Schulen die deutsche Sprache nach dem Regelwerk des Rats für deutsche Rechtschreibung gelehrt wird sowie sämtliche Lehrmittel diesen Regeln entsprechen,
 - Prüfungsleistungen an Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen des Freistaates nicht schlechter bewertet werden, wenn sie nach den Regeln des Rats für deutsche Rechtschreibung verfasst sind.
2. sich dafür einsetzen, dass im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in Gerichten und an Hochschulen die interne sowie externe Kommunikation nach dem Regelwerk des Rats für deutsche Sprache erfolgt.

Begründung:

Die sogenannte Gendersprache möchte auf sprachlicher Ebene dazu beitragen, dass verschiedene sexuelle Orientierungen und Identitäten gleichwertig behandelt werden. Die sich immer wieder an neue gefühlte Benachteiligungen anpassende und erweiternde Kunstsprache soll dazu dienen, wahrgenommene Benachteiligungen von vornherein zu vermeiden und Gleichwertigkeit sprachlich herzustellen. Dieses Anliegen ist zwar aner kennenswert, scheitert jedoch an der Unkenntnis der deutschen Grammatik. So wird angenommen, mit der Verwendung des grammatikalisch korrekten generischen Maskulinums gehe tatsächlich eine Bevorzugung des männlichen Geschlechts einher. Hier wird nicht erkannt, dass in der deutschen Grammatik die Mehrzahl als generisches Maskulinum selbstredend alle Geschlechter und damit auch die Frauen einschließt. Der Wunsch des Rats für deutsche Rechtschreibung, „dass allen Menschen mit geschlechtergerechter Sprache begegnet werden soll“, ist damit schon erfüllt.

Während sprachliche Verrenkungen wie das Binnen-I, das „Gendergap“ oder Partizipalschreibungen niemals alle Möglichkeiten gefühlter Identitäten abdecken können, umfasst das tradierte generische Maskulinum in natürlicher Weise alle Menschen gleichermaßen, ohne sexuelle Orientierungen und Identitäten über Gebühr zu betonen. Es wahrt daher die Privatheit der Sexualität und zwingt niemandem ein Bekenntnis ab.

Nachdem Sprache der Kommunikation dient, sollte sie möglichst klar und deutlich sein. Die ideologisch konstruierte Gendersprache zerstört die dem Deutschen eigentümliche Klarheit und Präzision. Lesbarkeit und Verständlichkeit der Texte leiden erheblich, vor allem wenn die Formen der gendergerechten Sprache den Denkgesetzen widersprechen, grammatikalisch falsch oder sinnentstellend sind (z. B. Studierende, die gerade gar nicht studieren, sondern zum Schlafen ins Studentenheim gehen). Die kommunikationsstörende Wirkung der gendergerechten Sprache stellte der Rat für deutsche Rechtschreibung im Dezember des vergangenen Jahres fest und empfahl, zumindest diese Auswüchse der gendergerechten Sprache nicht zu verwenden. Doch auch ermüdende Doppelungen (z. B. Bürgerinnen und Bürger) ideologisieren den Sprachduktus, während sie gleichzeitig nicht dem der gendergerechten Sprache innewohnenden Anspruch genügen: Immerhin fehlen bei derartigen Aufzählungen von Männern und Frauen alle, die sich selbst dieser Polarität nicht zugehörig fühlen.

Überdies werden durch die Anwendung der Gendersprache rund vier Millionen Menschen mit Lese-Rechtschreib-Schwäche diskriminiert. Hinzukommen 23,8 Millionen Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund und anderer Muttersprache, darunter viele funktionale Analphabeten, die ebenfalls durch die sogenannte Gendersprache benachteiligt werden. Dies führt schlussendlich dazu, dass etwa ein Viertel der Bevölkerung, das dringend auf eine vereinfachte Sprache, die sogenannte Leichte Sprache, angewiesen ist durch die Gendersprache diskriminiert und ausgrenzt wird. Die ideologisierte Gendersprache steht somit diametral einer inklusiven leichten deutschen Sprache entgegen. Während in allen anderen Lebensbereichen versucht wird, im Sinne der Teilhabe Barrieren abzubauen, werden auf sprachlicher Ebene aus politischen Gründen immer weitere Hürden aufgebaut. Obwohl sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder zu Beginn dieser Legislaturperiode für ein Verbot der gendergerechten Sprache in Verwaltung und Schulen aussprach, folgten bisher vonseiten der Staatsregierung noch keine konkreten Schritte, um die Verhunzung der deutschen Sprache durch das Gendern zu beenden.

Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, endlich zu handeln und eine klare Regelung für alle Bereiche zu erlassen, die in ihre Zuständigkeit fallen.

Darüber hinaus wurde bereits 2015 nicht ein Gesetz gemacht, das jetzt das Tarifeinheitsgesetz in dem Zusammenhang beeinträchtigt, sondern es wurde ein Streikfolgenbereinigungsgesetz überdacht, in dem genau das Gegenstand war. 2015 hätte man das auch entscheiden können. Man hat bewusst davon Abstand genommen.

All das, was Sie jetzt in Bezug auf die betroffene Bevölkerung sagen, betrifft natürlich auch die Streikenden selber; denn das sind doch die Leistungsträger der Gesellschaft. Die leben doch nicht von dem Applaus, der eine Woche im Parlament gespendet wird, sondern sie leben und ernähren ihre Familien von dem Geld, das sie verdienen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Arnold, es ist immer schwierig, einem gelernten Richter zu widersprechen. Ich tue es trotzdem. Erstens. Wenn die Rechtslage so zufriedenstellend wäre, dann müssten wir nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Gerichte regelmäßig gegen die Bahn entscheiden. Deswegen sehen wir Handlungsbedarf.

Zweitens. Ja, Sie haben davon gesprochen, dass die Lokführer Leistungsträger sind. Dem widerspreche ich gar nicht. Aber diejenigen, die mit der Bahn fahren wollen, sind auch Leistungsträger in ihrem Bereich. Deswegen ist ja genau das Problem,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

dass man einer Spartengewerkschaft hier übermäßig viel Macht gibt, die sie aus gewissen Gründen auch tatsächlich ausnutzt. Das wollen wir beschneiden. Deswegen dieser Antrag. Ich werbe noch mal dafür: Stimmen auch Sie diesem Antrag zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/659 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Die Fraktionen von AfD, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Es liegen keine vor. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/660, 19/661 und 19/672 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlässlichkeit für Freyung: Verwaltungsgericht oder Kompensation
(Drs. 19/88)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach Vereinbarung im Ältestenrat 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Toni Schuberl.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/660

Man spricht Deutsch: Gendersprache verbieten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Peter Wachler**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 7. Sitzung am 11. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 13)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 13)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, AfD, die Fraktion der GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen liegen nicht vor, Stimmenthaltungen auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Mir liegen keine weiteren Tagesordnungspunkte vor. Somit ist die Sitzung geschlossen. Ihnen allen einen schönen Abend! Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 19:46 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

- Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Anhörung zur Kita-Reform in Bayern (BayKiBiG):
 gute pädagogische Qualität für Kinder, verlässliche Finanzierung für Träger und bezahlbare Gebühren für Eltern erreichen
 Drs. 19/530, 19/2139 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

- Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dieter Arnold, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
 Deutsche Umwelthilfe in die Schranken weisen!
 Zweifelhafte Klage- und Abmahnpraxis beenden!
 Drs. 19/549, 19/2050 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan gegen Rechtsextremismus in Bayern –
Für eine wehrhafte Demokratie!
Drs. 19/577, 19/2146 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unbürokratische Auszahlung des Krippengeldes in Bayern
Drs. 19/612, 19/2140 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Man spricht Deutsch: Gendersprache verbieten
Drs. 19/660, 19/2147 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Bürger vor Zahlungen des Rundfunkbeitrags schützen:
Meldebehörden zur Aufklärung über Möglichkeiten
zur Vermeidung der Beitragspflicht anhalten
Drs. 19/743, 19/1986 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag des Abgeordneten Markus Striedl AfD
Wärmeversorgung in Wenzenbach sofort wiederherstellen!
Drs. 19/751, 19/2144 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm,
Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Lückenhafte Ermittlungen im Fall Chrupalla?
Drs. 19/759, 19/2148 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumlner u.a. SPD
Wie können wir die Kita-Qualität in Zeiten
des Fachkräftemangels sichern?
Drs. 19/760, 19/2141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher u.a. und Fraktion (SPD)
Verfassung schützen – Demokratie verteidigen: Bayerns Reaktion
auf die aktuellen rechtsextremen Entwicklungen
Drs. 19/773, 19/2149 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Werner Schießl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum EU-Aktionsplan für nachhaltige Finanzierung und dessen Auswirkungen auf den Mittelstand
Drs. 19/792, 19/2145 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umsetzung des Chancen-Aufenthaltsrechts in Bayern
Drs. 19/794, 19/2150 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Katrin Ebner-Steiner AfD
Schaffung eines Bayerischen Verwaltungsgerichtes für den Bezirk Niederbayern in Plattling
Drs. 19/795, 19/2151 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
beA auch in Bayern vollständig nutzbar machen!
Drs. 19/805, 19/2152 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer, Oskar Atzinger, Jörg Baumann** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/660, 19/2147

Man spricht Deutsch: Gendersprache verbieten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Man spricht Deutsch: Gendersprache verbieten (Drs. 19/660)

Die Fraktionen sind zwischenzeitlich übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen daher direkt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.